

### Das „Konjunkturklima“ im Jahr 2007

*Hans-Hermann Hartwich*



Hans-Hermann  
Hartwich

#### **Konjunkturberichte als Wetterberichte? Krisen und ihre sozialen Folgen und Krisenvermeidung waren einst zentrale Themen jeder Politik**

Neben den meteorologischen Problemen des Klimas, regional, national und global, spielte das „Konjunkturklima“ im Jahre 2006 eine auffallend große Rolle in den Medien. Beim Klima geht es laut Duden ganz allgemein nicht um die Witterung, sondern um die „durch bestimmte Ereignisse oder Umstände hervorgerufene Atmosphäre“. Ein Volkswirt wird diesen Ansatz schlicht für unsinnig halten, denn er denkt nicht mehr darüber nach, weil doch allseits klar sei, was ein „Konjunkturklima“ ist. Ist das so?

„Das Konjunkturklima in Deutschland hellt sich auf“ berichtete die FAZ am 20. Oktober 2006 und bezog sich dabei auf den „Geschäftsklimaindex“ für die gewerbliche Wirtschaft, den das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München monatlich bekannt gibt. Das Institut befragt zu diesem Zweck rund 7000 Unternehmen nach ihrer „Einschätzung“ der aktuellen Wirtschaftslage und der Zukunftsaussichten. Auf Grund dieser Einschätzungen schätzte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn Ende Oktober 2006, dass die Ergebnisse der Umfrage dafür sprächen, dass der Konjunkturaufschwung 2006 sich trotz der Mehrwertsteuererhöhung ab 1.1.2007 um drei Prozentpunkte (vgl. hierzu Hartwich, Finanzpolitischer Zweiklang, in: GWP 2/2006, S. 235-239) im Jahr 2007 fortsetzen werde.

Zugleich aber berichtete die Presse (z.B. FAZ v. 19.10.06), dass die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHT) eine „Konjunktüreintrübung“ für das Jahr 2007 erwarten, die vor allem auf die negative Wirkung der von der Regierung der großen Koalition beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung zurückgehen werde. Für oberflächliche Leser sind diese Wetterberichte nicht ganz einfach zu durchschauen.

Die optimistische Einschätzung sah sich durch positive Konjunkturen in anderen Euro-Staaten gestützt. In Deutschland „hellte sich die Stimmung“ infolge gefüllter Auftragsbücher und weiter verbesserter Exporterwartungen, vor allem im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel, auf. So werde es vermutlich einen überwiegend von der Industrie getragener Aufschwung geben. Das „Ge-

schäftsklima“ im Einzelhandel und in den Dienstleistungsbereichen verschlechterte sich dagegen, weil man dort die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 fürchtete. Die Ifo-Volkswirte erklärten zusammenfassend, die Wirtschaft werde mit viel Schwung in das kommende Jahr gehen.

Schließlich schätzte auch Bundeswirtschaftsminister Glos, dass das „gestiegene Geschäftsklima“ die dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 weniger stark bemerkbar machen werde.

Soweit die genaue Wiedergabe der Berichterstattung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Was besagt sie? Ist die Beobachtung der Wirtschaftskonjunktur heute auf diese Art der „Einschätzungen“ reduziert? Dem ist natürlich nicht ganz so. Im November 2006 äußerten sowohl die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fundiertere Bewertungen der konjunkturellen Lage, die sich in der Tendenz vom Gesagten jedoch nicht wesentlich unterschieden.

Aber ist dies alles, was die Experten und Verantwortlichen heute zu so wichtigen Fragen wie Anstieg oder Abbau der Arbeitslosigkeit, Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Investitionen, des Konsums, Export, Import, Energiekosten etc. zu sagen haben? Und: Was ist das Ziel? Geht es um die Genauigkeit der Prognose? Geht es also bei der Frage nach dem Konjunkturklima gleichsam nur „um das Wetter von morgen“? Oder geht es nicht auch um vorausschauende wirtschaftspolitische Strategien, die ggf. Schaden von der Volkswirtschaft abwenden oder eingrenzen?

Konjunktur und Konjunkturpolitik waren einmal zentrale Themen der Gesamtpolitik, historisch wie theoretisch. Die Aufbaugeneration der Nachkriegszeit, jene der ordoliberalen sozialen Marktwirtschaft, kannte noch hautnah nicht nur die Schrecken des Krieges, sondern hatte zumeist auch die Wirren der Hyperinflation von 1923 ebenso wie das soziale Elend der Weltwirtschaftskrise von 1930-33 erlebt, das maßgeblich zur Machtübernahme der Nationalsozialisten beigetragen hatte. Historisch gesehen sind Begriffe wie „Konjunktur“ und „Krise“ schwerwiegende soziale Erschütterungen durch ökonomische Entwicklungen:

- Die völlige Entwertung der Reichsmark in der Inflation von 1923 vernichtete Ersparnisse und kleine Vermögen und stürzte vor allem den Mittelstand ins soziale Elend. Die Beschäftigung blieb bis zur Währungsstabilisierung hoch, um dann mit stabiler Mark (1924) in katastrophaler Weise einzubrechen.
- Die Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1933 begann mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse 1929, führte zur Aufkündigung von Krediten aller Art auch in Europa und damit zum Zusammenbruch von Banken und Unternehmen, zu einer „deflatorischen“ Entwicklung (Kapitalknappheit) und zu einem kumulativen Abwärtsprozess der Wirtschaft: Rückläufiger Absatz – Verzicht auf Investitionen – weiterer Nachfragerückgang – weiter schrumpfende wirtschaftliche Aktivitäten – schrumpfende Steuereinnahmen – Kürzung der Sozialleistungen – eine unaufhaltsame Zunahme der Massenarbeitslosigkeit - Existenznot. Der Staat verhielt sich mit ständigen Ausgabenkürzungen prozyklisch (Reichskanzler Brüning: „Anpassung an die Ar-

mut der Nation“) So verstärkte er die Krise und die Dauer der Depression. Soziales Elend und politische Radikalisierung waren die Folge.

Die Theoretiker der „Sozialen Marktwirtschaft“ wollten derartige Krisen grundsätzlich durch eine durchdachte Ordnung der Gesamtwirtschaft ausschließen. Der Wiederaufbau-Boom brachte einen Aufschwung in der Reihenfolge: Kapitalversorgung und -sicherung durch gut verwaltete Gelder der Marshall-Plan-Hilfe, Investitionsgüterboom mit Export, Inflationsvermeidung durch die unabhängige Deutsche Bundesbank, Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, starke Nachfrage nach Arbeitskräften, deren Kaufkraft ungebremst Nachfragewellen nach Nahrung, Kleidung, Wohnungen, Kühlschränken, Autos, Luxus auslöste. Schließlich sorgten deutliche Lohnsteigerungen für eine Verstärkung der Kaufkraft und bei der Wirtschaft für Rationalisierungs- und Modernisierungsdruck. Diese Wirtschaftspolitik schien das Gespenst konjunktureller Einbrüche gebannt zu haben.

Die Jahre 1966/67, 1974/75 und 1980-82 zeigten, dass der Glaube an die endgültige Überwindung des Krisenphänomens eine Illusion war. Mit dieser Erkenntnis versuchten die Regierungen zwischen 1967 und 1982 auf der Basis der Lehren von J.M.Keynes mit starkem Engagement die Konjunktüreintrüche antizyklisch zu bekämpfen. Wie sich herausstellte, entwickelte sich aber auch hier erneut die Arbeitslosigkeit zur Massenarbeitslosigkeit, begleitet von Inflationsgefahren infolge der staatlichen Interventionen („Stagflation“, vgl. Hartwich, Vom Keynesianismus zum Neoliberalismus in diesem Heft der GWP).

Mit dem modernen Neoliberalismus, mit Liberalisierungen, Deregulierungen, der Doktrin ausgeglichener Staatshaushalte und einer rein stabilitätsorientierten Geld- und Kreditpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) stellt sich aber auch hier die Frage, wie mit den offensichtlich unvermeidlichen Wirtschaftskonjunkturen umgegangen werden soll. Denn der Illusion, es gebe keine Konjunktüreintrüche mehr, kann niemand mehr anhängen.

Natürlich soll auch die moderne Konjunkturtheorie erklären, warum es zu Konjunkturschwankungen kommt und ob die Politik etwas dagegen ausrichten kann. Sie arbeitet mit Modellannahmen, nach denen die Wirtschaft sich im Gleichgewicht befindet und durch exogene Schocks in Schwankungen gerät, die sich infolge der dynamischen Beziehungen makroökonomischer Größen wie vor allem Beschäftigung, Reallöhne, Einkommen, Realzins, Konsum, Investitionen mit unterschiedlicher Intensität fortpflanzen und so die klassischen Erscheinungsformen eines Konjunkturzyklus hervorbringen: Aufschwung, Boom, Krise, Abschwung, Rezession. Ohne nun hier auf die komplizierten Erscheinungen und Zusammenhänge eingehen zu wollen\*, darf registriert werden, dass sich heute – nach der historischen Entwicklung nicht überraschend – zwei Sichtweisen gegenüberstehen. Die keynesianisch inspirierte Sicht geht bekanntlich von der Nachfrageseite aus, wobei eine kontinuierliche Entwicklung von Produktionspotential, Bevölkerungsentwicklung, Kapitalakkumulation, technischem Fortschritt, angenommen wird. Die andere Perspektive folgt als „Theorie realer Konjunkturzyklen“ der Prämisse, das Produktionspotential selbst unterliege konjunkturellen Schwankungen, z.B. durch Technologie- und Produktivitätsschocks, die dann ihrerseits die Schwankungen

des Volkseinkommens, der Investitionen, des Konsums, der Beschäftigung etc. auslösen.

Damit scheinen aber die aktuellen Verhältnisse ungenügend abgebildet zu sein. Was bedeutet eigentlich jene weit fortgeschrittene Öffnung der Märkte und Volkswirtschaften vor allem in Europa und den USA? Bringt die Globalisierung mit einem Überfluss an anlagensuchendem Kapital und der Möglichkeit, in fast jeden nationalen Markt jederzeit einzudringen, Besonderheiten hervor, die sich mit den traditionellen Sichtweisen der Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik nicht mehr einfangen lassen? Kann die – primär nationale – Politik noch Konjunkturschwankungen stabilisieren? Die Illusionen des deutschen „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ von 1967 sind verflogen, auch wenn das Gesetz und einschlägige Bestimmungen im Grundgesetz nicht aufgehoben sind. Der Europäische Binnenmarkt lässt nationale wirtschaftspolitische Alleingänge nicht zu. Die EU-Kommission ist aber zu einer konsistenten Konjunkturpolitik nicht in der Lage. Die Geld- und Kreditpolitik liegt in den Händen der Europäischen Zentralbank, die sich an der Geldwertstabilität orientiert und nur Inflationsminima (historisch gesehen) im Auge hat. Und die Fiskalpolitik? Sie liegt primär in den Händen der Nationalstaaten. Aber sie ist zugleich europäisch durch Verträge gebunden (EU-Stabilitätspakt). Ein „deficit spending“ scheidet zudem am Verschuldungsgrad der Staatshaushalte. Allein die Vergrößerung der Staatsschuld dadurch, dass der Staat im Falle von Krise und steigender Arbeitslosigkeit seine Gesamtausgaben nicht kürzt, sondern aufrechterhält, enthält ein Moment klassischer, nämlich antizyklischer, Konjunkturpolitik. Und über allem steht der Kernsatz aller neoliberalen Denkschulen, dass nämlich das gesamtwirtschaftliche Geschehen ständig daran zu orientieren sei, die Währung stabil zu halten, den Staatshaushalt auszugleichen und eine „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik zu betreiben. Leider hat sich in den vergangenen Jahren herausgestellt, dass dies nicht ausreicht, um Konjunkturreinbrüche zu verhindern.

Der deutliche Konjunkturaufschwung des Jahres 2006 beruhte auf einer boomenden Weltwirtschaft, eine Voraussetzung und Garantie für weitere deutsche Exporterfolge. Eine positive Rolle spielte auch der deutlich rückläufige Ölpreis. Bedeutsam war, dass im Gegensatz zu den letzten Jahren der deutsche Binnenmarkt den Aufschwung mittrug. Mit geringfügigen Unterbrechungen konnte das produzierende Gewerbe einen deutlichen Anstieg der Aufträge verzeichnen. Er betrug z.B. in der konjunkturell bedeutsamen Investitionsgüterindustrie im Sommer und Frühherbst um 5,9 %. Dabei entfiel jeweils die Hälfte des Anstiegs auf das Inland und das Ausland. Das Bundeswirtschaftsministerium sprach von einer durch die Investitionsentwicklung getragenen anhaltend dynamischen Industriekonjunktur (FAZ 7.10.06). Die Investitionen trugen den Aufschwung, und auch die Bauinvestitionen legten kräftig zu.

2006 sorgte daneben erstmals wieder der Konsum für Aufschwung und Nachfrage. Die Financial Times Deutschland brachte Ende September sogar die Schlagzeile „Deutschland im Kaufrausch“ (28.09.06). Die Arbeitslosenzahlen im Oktober 2006 gingen gegenüber dem Vorjahr um 471.000 zurück. Damit ging die Arbeitslosenquote in Deutschland erstmals wieder unter 10 % (9,8 %) zurück (FAZ 3.11.06). Die Zahl der Vollzeit-Arbeitsstellen ab Sommer 2006

stieg an, z.B. im Maschinenbau um 10.000 Mitarbeiter. 825.000 offene Stellen waren Ende Oktober bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet.

Dies sind in etwa die wichtigsten konjunkturrelevanten Faktoren der Wirtschaftsentwicklung bis zum November 2006. Sie bilden jene „Aggregate“, die nach der Theorie über die Konjunkturlage entscheiden. Große und konjunkturell wichtige Lohnrunden fanden ab Frühjahr 2006 nicht mehr statt. Sie werden vermutlich eines der Probleme des Jahre 2007 sein.

Umstritten ist, inwieweit die starke Konsumgüternachfrage auf einem „Vorzieheffekt“ beruht, d.h. ob die Konsumenten in verstärktem Maß Konsumgüter nachfragen, weil ab dem 1.1.2007 die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte angehoben wird. Dieser Effekt ist bekannt und eine realistische Annahme. Er darf aber nicht überbewertet werden. Beim Auto z.B. ist das Vorziehen eines Kaufs dann sinnvoll, wenn der Wagen noch im Jahr 2006 geliefert wird. Bei Lebensmitteln und Textilien bestimmt der Bedarf und nicht ein Preisanstieg den Kauftermin. Schließlich: Wer wegen der Mehrwertsteuererhöhung Einkäufe vorzieht, verzichtet möglicherweise auf ein anderes Produkt, das er sonst gekauft hätte, und: Bei allen modernen computergesteuerten Geräten fallen in der Regel die Preise, so dass sich trotz der Steuererhöhung ein Abwarten lohnt.

Wie also könnte das „Konjunkturklima“ im Jahre 2007 beschaffen sein? Alle Indikatoren sprechen dafür, dass der Aufschwung noch bis weit in dieses Jahr hinein erhalten bleibt. Dafür sprechen vor allem die Auslandsnachfrage und die Entwicklung der Investitionskonjunktur. Der wichtigste Unsicherheitsfaktor ist in der Tat die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 %. Aber dies gilt nicht so absolut, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die Konjunkturforschungsinstitute erwarten eine Konjunktur„delle“, etwa in der Größenordnung von 1,2 %, also statt etwa 2,4 % Wachstum 1,2%. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet sogar 1,8 %; die Steuererhöhung werde den Aufschwung nicht abwürgen. Wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter bessert, so bessern sich damit auch die Chancen für die private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen infolge von Einkommensverbesserungen. Die Gewerkschaften werden in den Tarifrunden des Jahres 2007 verstärkt Lohnforderungen stellen. Ob dies als ein Unsicherheitsfaktor für die Konjunktur angesehen werden muss, ist wie immer umstritten. Halten sich die Einkommensverbesserungen im Rahmen, wird dies der Konjunktur zugute kommen.

Das „Konjunkturklima“ des Jahres 2007 wird mithin von einem anhaltenden Hoch eingeleitet und bestimmt werden. Positive Erwartungen sind berechtigt und werden sicher im Sinne einer self-fulfilling prophecy die Konsumneigung der Verbraucher befördern. Konjunktur„eintrübungen“ sind zu erwarten, aber berechenbar, weil sie nach heutigem Erkenntnisstand kaum mehr als eine „Delle“ im Konjunkturverlauf verursachen werden.

Ist bei dieser Form der Prognose und Einschätzung die Konjunktur zu einem Phänomen wie das Wetter geworden? Etwa nach dem Motto: Man fügt sich in das Unvermeidliche und ist ängstlich besorgt, wenigstens rechtzeitig über Wettereinbrüche informiert zu sein? Denn selbst die genaueste Prognose enthält ja in aller Regel, wie beim Wetterbericht, kein wissenschaftlich und politisch tragfähiges Konzept für den Fall des Konjunkturreinbruchs.

Die Begriffe heutiger Konjunkturberichterstattung sind nicht sehr wissenschaftlich und sie bezeichnen auch nichts anderes als Einschätzungen. Konjunkturpolitische Konzepte für den einen oder anderen Fall, dass aus der „Delle“ ein Loch oder Einbruch wird, gibt es nicht und sie wären wohl auch politisch unrealistisch. Die Spekulationen von Wissenschaft und Medien über das Konjunkturklima und nicht darüber, wie man bedenkliche Konjunkturschwankungen gegebenenfalls verhindern oder steuern könnte, erscheinen deshalb auch primär als interessante und zu einem erheblichen Teil fundierte Produkte des natürlichen Bedürfnisses der Menschen nach Gewissheit und Sicherheit in einer unüberschaubar gewordenen Umwelt.

- \* Theoretisch interessierten Lesern ist die präzise und verständliche Darstellung von Manfred Gärtner und Caroline Schmidt „Konjunktur“ im leicht zugänglichen „Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“, hg. von Klaus Schubert, Wiesbaden 2005, VS Verlag, S.263-271 zu empfehlen.